

Anarchosyndikalistische Zeitschrift

schwarzes kleeblatt

~ Ausgabe 15 ~

~Juli/August/September 2013 ~

Ein anarchosyndikalistisches Potpourri

****

Wer diese Zeitung einmal durchblättert, wird schnell feststellen, dass des Öfteren drei Buchstaben auftauchen: A, S und J. Dies liegt weniger daran, dass wir dieses Mal eine Schwerpunktausgabe über die Arbeiter-Samariter-Jugend herausgegeben haben, als vielmehr daran, dass wir ein Stück von uns selbst zum Thema gemacht haben: Unsere Struktur. Die Ursprungsidee war, eine „Bunte Ausgabe" zu entwerfen und die einzelnen Arbeitsgruppen der ASJ aufzurufen jeweils einen Artikel beizusteuern, in dem sie über etwas schreiben, dass ihnen am Herzen liegt und ihre Arbeit betrifft.

Zugegeben, auch für uns klingt das im Nachhinein nach einem ganz schön selbstbezogenen Programm. Doch herausgekommen ist letztendlich ein Sammelsurium an spannenden Themen: Pünktlich zum "Super"-Wahljahr 2013 stellt sich euch eine neue Kampagne vor – „Aufs Kreuz gelegt!" heißt sie und in ihrem genauso betitelten Artikel werden euch gute Gründe gegen Parlamentarismus vorgeführt. Gleich, tut es ihr die Jung-und-Billig Kampagne und zwar mit einem Artikel in Bezug auf ihre neu erschienene Broschüre. Unsere Veranstaltungs-AG hat hingegen den Alkoholkonsum in der linken Subkultur unter die Lupe genommen, lest selbst! Die Bildungs-AG wiederum, versucht sich an einer Standortbestimmung der Bildungsbewegung. Zusammen mit der LSV hat sie übrigens mittlerweile ein eigenes Zeitungsprojekt am Start: Das sogenannte „Black Brain". Nicht zu Letzt sei noch der Artikel des Bündnis „Niemand ist vergessen!" empfohlen, in dem der Polemik von Medien und Politik gegen Erwerbslose auf den Grund gegangen wird. Die Artikel haben wir jeweils ergänzt mit einem kleinen Kasten, der euch ein paar Hindergrundinfos zu AG, Kampagne oder Bündnis liefern soll.

Hier ließe sich nun ein Punkt machen, wäre da nicht noch das Schwarze Kleeblatt selbst: Wir, die Redaktion, haben derweil ein wenig herumgesponnen, uns die Sterne angeschaut und diskutiert, wie wir die Entwicklung des Schwarzen Kleeblatts weiter vorantreiben können. Um uns Raum für Veränderungen zu schaffen, haben wir mit dieser Ausgabe daher den Erscheinungs-Rhythmus des Schwarzen Kleeblatts erstmal verlangsamt. Solltet ihr schon immer den sehnlichsten Wunsch gehegt haben, in der Redaktion des Schwarzen Kleeblatts mitzuwirken, jetzt wäre ein guter Zeitpunkt! Schreibt uns doch unter: schwarzeskleeblatt[ät]riseup.net.

Solltet ihr noch mehr darüber erfahren wollen, wie sich dieses Potpourri an AGs, Bündnissen und Kampagnen, das sich ASJ schimpft, zueinander verhält, dann schaut doch auf unseren Blog: asjberlin.blogsport.de. Dort findet ihr einen Reiter, der näheres zu unserer AG-Struktur bereithält. Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass ihr nach dieser Lektüre den Mund immer noch nicht voll genug von uns habt, dann schaut doch bei der BAIZ (Christinenstr. 1 / Ecke Torstr.) vorbei, der Kultur- und Schankwirtschaft unserer Wahl. Im Hinterzimmer findet ihr eine kleine Ausstellung, die von den AGs gestaltet wurde und für euch Impressionen aus vier Jahren ASJ bereithält.

Was bleibt, ist euch nun noch viel Spaß beim Lesen zu wünschen und den AutorInnen vielen Dank!

Die Redaktion des Schwarzen Kleeblatts

Editorial





AS... What?

****

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher. Ziel ist es, die gesellschaftliche Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen umzusetzen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Info- und Diskussionsabende, Filmvorführungen, Konzerte und Partys, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Es erscheint uns als sinnvoll und notwendig alltägliche politische, soziale und ökonomische Kämpfe mit unseren herrschaftsfreien Ideen und Anschauungen zu verknüpfen. Wenn Du also deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen, sondern selbst handeln willst, komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam und solidarisch Lösungen finden.

Wir treffen uns jeden 1., 3. und 5. Dienstag des Monats um 18.00 Uhr im FAU-Lokal Lottumstraße 11 (U Rosa-Luxemburg-Platz/ U Rosenthaler Platz).

ASJ Gruppen

****

Berlin
asjberlin.blogsport.de
asj-berlin@riseup.net

Bielefeld
selbamachen.blogsport.eu
selbAmachen@riseup.net

Bonn
asjbonn.blogsport.de
asjbonn@riseup.net

Göttingen
asjgoe.blogsport.de
asjgoe@riseup.net

Herne/Recklinghausen
asjruhrpott.blogsport.de
asjruhrgebiet@riseup.net

Köln
agkoeln.blogsport.de
agkoeln@riseup.net

Leipzig
asjl.blogsport.de
asj-leipzig@riseup.net

Siegburg
libertaerejugendsu.blogsport.de
libertaerejugendsu@riseup.net

Mainz
junge-foederation@riseup.net

„Alkoholfreies Bier!?! Das ist doch konterrevolutionär...“

Ein Meinungsbild zum Alkoholkonsum

Wer kennt das nicht: ein Bierchen in der Lieblingskneipe, bei netter Gesellschaft und guter Musik. Aus einem werden zwei, dann drei, vielleicht fünf. Und zwischendurch ein Schnaps. Die Zunge wird locker, die Stimmung aufgeheizt und die Themen brisant: Der ideale Nährboden für eine gepflegte Diskussion. Nicht selten findet hierbei ein politischer Austausch statt, Thesen werden kritisch unter die Lupe genommen und kreative Gedankengänge geteilt. Doch die Diskussion kann auch ausarten, der Alkohol schränkt die Streitenden in ihrer Rationalität und Urteilskraft ein.

Ist Schnaps der Feind?!

Anders als heute trafen sich organisierte Arbeiter früher häufiger in der Kneipe oder den Hinterzimmern von Wirtshäuser als in Gewerkschaftsräumen. Die Einstellung zu Alkohol war im 19. Jahrhundert noch nicht so stark von gesundheitlichen Aspekten, Arbeitsschutz und Genuss geprägt. ArbeiterInnen tranken auf Arbeit nicht heimlich, sondern wurden dazu angehalten. Oft wurden sogar Teile des Lohns in Schnaps ausgezahlt, der harte Alkohol "half" die Warnsignale des Körpers in Bezug auf Hitze, Kälte oder Überanstrengung nach 15-Stunden-Arbeitstagen zu ignorieren. Elendsalkoholismus ist der Begriff, der diese Zeit umschreibt: Nicht nur, dass Alkohol ein sicheres Verhütungsmittel gegen Streiks und gewerkschaftliche Organisation war, er betäubt auch das Zeitgefühl, macht die Arbeiter gefügig und schlägt sich auf die Gesundheit nieder.
Eine proletarische Kneipenkultur entstand mit der Verringerung der täglichen Arbeitsstunden und dadurch frei werdender Zeit, sowie einer schrittweisen Durchsetzung von Bier statt Schnaps mit steigender Qualität des Bieres. Kneipen waren Versammlungs- und Kommunikationsort: Das proletarische Wohnzimmer, da die Wohnungen früher oft nur ein Zimmer hatten. Außerdem konnten so auch unpolitische Arbeiter, die für ihr Feierabendbier da waren, in politische Debatten und Diskussionen mit einbezogen werden.
Allerdings war diese Kultur eine Männerkultur: Das bürgerliche Familienideal wurde vom Proletariat übernommen, wobei die Männer im öffentlichen Leben, die Frauen im häuslichen Bereich tätig waren – die Klassenspaltung vollzog sich entlang der Geschlechtergrenze. Frauen hatten in Kneipen nichts zu suchen. Die Männer hatten höhere Löhne, konnten per Gesetz über das Familieneinkommen entscheiden und flüchteten aus dem häuslichen Elend in die Kneipe, während die Frauen den Haushalt be- und die Kinder versorgten.
Die soziale, solidarische Bewegung wurde durch die Sozialistengesetze, die von 1878 bis 1890 alle sozialistischen und sozialdemokratischen Aktivitäten verboten, zwar nicht zerschlagen, sondern konnte weiterhin in den Hinterzimmern stattfinden, bestehen bleibt jedoch die Kritik an der Klassenspaltung.

Also Bier statt Schnaps?

Zur heutigen Zeit findet die politische Arbeit in der Regel nicht mehr in Kneipen statt, sondern in Büros, Lokalen oder anderen Räumlichkeiten, die zum Beispiel von Hausprojekten zur Verfügung gestellt werden. Aus Gründen wie der Einschränkung des rationalen Denkens und der Senkung der Hemmschwelle bei Konflikten gibt es sogar Gruppen, die den Konsum von Alkohol und anderen Rauschmitteln völlig von ihren Plena verbannen. Auch auf Demonstrationen ist die Bierflasche zumeist eine nicht gern gesehene Begleiterin. Doch das nicht etwa, weil die brave Bevölkerung sie für ein Wurfgeschoss halten könnte, welches "der linke Extremist" ja bekanntlich immer bei sich trägt, sondern weil Wahrnehmungsvermögen, Reaktionsgeschwindigkeit und Einschätzungsvermögen sehr unter dem bewusstseinsverändernden Getränk leiden und Gefahrenpotentiale einfach unterschätzt werden. darüber hinaus kann



Gewaltbereitschaft durch Alkoholkonsum geschürt werden. Doch nicht nur im Moment des Konsumierens, sondern auch bspw. am nächsten Morgen kann Alkohol die politische Arbeit beeinträchtigen. Auch der Anarchist und Aktivist Lucio Uturbia ruft zum bewussten Konsum auf. Er zieht aufgrund seines spektakulären Lebens viele junge GenossInnen zu seinen Vorträgen. Von seinen ZuhörerInnen fordert er „Weniger trinken, weniger Drogen nehmen, tut lieber was!“ und appelliert damit an die Fähigkeit des klaren Denkens bei der Planung und Ausführung direkter Aktionen. Ähnliche Motivationen, die zur Entsagung von Alkohol und anderen Rauschmitteln führen, findet man auch in der Straight-Edge-Szene (weiterführende Literatur siehe unten).

“Wenn schon Krone, dann mit Korken”

Obwohl es augenscheinlich ausreichend Beweggründe gibt, Politik und Alkohol weitesgehend voneinander zu trennen, lässt sich die ausgeprägte Kneipenkultur der (Berliner) linken Szene nicht leugnen. Sie verteilt sich auf eine nicht zu verachtende Anzahl von Einrichtungen. Und da die politische Organisation ebenso anstrengend ist wie andere Formen der Beschäftigung und auch im linken Spektrum der Wunsch besteht, hin und wieder aus dem grauen Alltag zu fliehen, setzt man sich nach geleisteter Arbeit gerne zu einem Feierabendbierchen zusammen. Ob in Kneipen, Kellerräumen oder beim Tresen im benachbarten Hausprojekt, die Rahmenbedingungen sind immer gleich: das Bier ist bezahlbar und die Menschen sind (im besten Fall) tolerant und solidarisch. Wer sich rassistisch, sexistisch, homophob oder in irgendeiner anderen Form intolerant gegenüber seinen Mitmenschen verhält, fliegt raus! Und deshalb sind diese Orte häufig Dreh- und Angelpunkt fürs Sozialleben und Treffpunkt für Gleichgesinnte. Beim Genuss von Alkohol (aber natürlich auch ohne) kann hier gequatscht und diskutiert werden, aber auch der Frust des Alltags wird betäubt und die Missstände dieser Gesellschaft rücken für kurze Zeit in den Hintergrund. Und genau das macht das Trinken so reizvoll.

Weiterführende Literatur:
- Ralf Hoffrogge: “Sozialismus und Arbeiterbewegung” (aus der Reihe theorie.org)
- Gabriel Kuhn: “Straight Edge – Geschichte und Politik einer Bewegung” (unrast-Verlag)

* *

Veranstaltungs AG

Die Veranstaltungs-AG organisiert den regelmäßigen Tresen (jeden dritten Samstag in der Lunte, Neukölln), sowie andere Kultur- und Informationsveranstaltungen der ASJ Berlin. Sie arbeitet dabei teils eng mit anderen AGs, anderen Gruppen und der VV zusammen.
Die AG trifft sich jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat um 18 Uhr im FAU Lokal (Lottumstr. 11) (im Juli und August fallen sowohl die Treffen als auch die Tresen aufgrund des Sommerlochs aus)





Aufs Kreuz gelegt!

Parlamentarismus und Alternativen

„Aufs Kreuz gelegt" ist eine neue Kampagne der Anarcho-syndikalistischen Jugend (ASJ), die in der Wahlkampfzeit zur Bundestagswahl 2013 ihren Anfang nehmen wird. Mit dieser Kampagne wollen wir die Gesellschaft über Kritik am Parlamentarismus und mögliche Alternativen aufklären.

Warum eine Kampagne?

Wir halten dieses Thema bisher für zu wenig beachtet, haben doch die Entscheidungen, die im Parlamentarismus getroffen oder nicht getroffen werden konkrete Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Bedeutend ist dabei die Weigerung des Parlamentarismus die gravierendsten Probleme unserer Gesellschaft zu lösen (z.B. Umweltzerstörung, Ressourcenverknappung, soziale Ungerechtigkeit). Trotz der anhaltenden Verschärfung dieser Probleme, entscheiden sich die Parlamente bestenfalls nur für Symptombekämpfung anstatt konsequent die grundlegenden Ursachen der Probleme anzugehen. Das kann sich unsere Gesellschaft jedoch auf Dauer nicht leisten. Anstatt der Unannehmlichkeit von Veränderungen einen begrenzten Preis zuzuordnen, könnten wir durch die Weigerung zur Veränderung sogar einen weitaus höheren Preis bezahlen. Beispielsweise steigen jedes Jahr die Hochwasserpegel durch Begradigung der Flüsse, selbstgemachte Erosion und Versiegelung von Böden, dadurch entstehen jedes Jahr Kosten und Opfer durch Überschwemmungen, anstatt nun dem Wasser wieder mehr Raum und Möglichkeiten zum Versickern zu geben, ist die vorherrschende Lösung der Politik mit viel Aufwand immer größere Deiche zu bauen, was aber dazu führt, dass gerade die Gebiete die gerade im Deichbau vernachlässigt wurden die nächsten Opfer sind.

Wo bleibt der "Change", Obama?

Wir denken nicht, dass dieser Stillstand auf „böse" PolitikerInnen zurückzuführen ist, die man einfach nur gegen „gute" PolitikerInnen austauschen müsste, damit die dann für uns die „richtigen" Entscheidungen treffen. Vielmehr haben die vielen systematischen Prozesse im Parlamentarismus (z.B. die Tendenz, dass in jeder Parteienorganisation sich ständige Führungskräfte und Hierarchien herausbilden, die die Basis um der Macht willen verraten) mit dem Ursache-Wirkung-Prinzip dafür gesorgt, dass die Zustände so sind wie sie sind und auch immer wieder so reproduziert werden.

Fremdbestimmung überall!

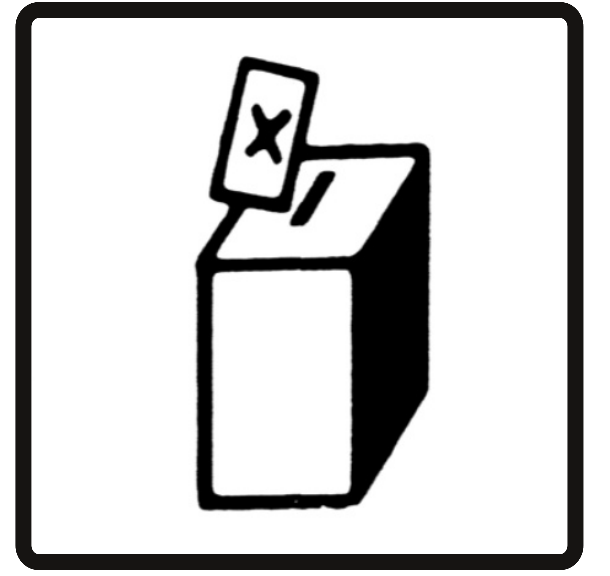
Parlamentarismus hat sich weltweit durchgesetzt. Heutzutage hat nahezu jeder Staat ein mehr oder weniger ausgeprägtes parlamentarisches System. Unterschiede bestehen größtenteils nur darin, wie viel Macht dem Staatsoberhaupt (PräsidentIn oder MonarchIn) zugestanden wird. Wichtigstes Merkmal ist, dass die Gesellschaft regelmäßig in allgemeinen Wahlen StellvertreterInnen wählt, die in einem Parlament zusammenkommen um wiederum eine Regierung zu wählen. Regierung bedeutet unter anderem, Entscheidungen über die Köpfe anderer hinweg treffen und durchführen zu können, deren Folgen von ganz anderen Menschen getragen werden müssen. Die wirkliche Errungenschaft des Parlamentarismus besteht jedoch darin, es ermöglicht zu haben, eine Regierung auf friedlichem Weg durch Wahlen loszuwerden und durch eine andere zu ersetzen, die zumindest der größten Wählergruppe weniger unangenehm erscheint. Als Gewinn erscheint diese Errungenschaft nur, wenn wir sie mit Systemen vergleichen, in denen die Einsetzung ins Amt auf Vererbung, Kooptation (Führung wählt NachfolgerIn aus "Ihresgleichen" aus) oder militärische Gewalt beruht. Nur weil die bekannten Alternativen so widerwärtig sind, erfreut sich der Parlamentarismus so großer Loyalität. Wenn wir nun darüber nachdenken, welche Unsummen von Geld und welche Opfer an Zeit der Parlamentarismus verschlingt, und damit die Erfolge vergleichen, die so überaus gering sind, dann kommen wir zu der Einsicht, dass hier ein klaffendes Missverhältnis vorhanden ist. Auch ist die Zusammensetzung der Parlamente überall eine derartige, das diejenigen Mächte, wel-



che an der Erhaltung des bestehenden Zustandes, interessiert sind, auf ihrer Rechnung kommen und höchstens nur ganz geringfügige Änderungen zugelassen werden.

Also selbst an die Macht?

Es gehört deshalb schon ein außerordentlicher Optimismus dazu, zu hoffen, dass durch den Parlamentarismus eine sichtbare Verbesserung der Lebensverhältnisse herbeigeführt werden könnte. Geradezu utopisch ist es da, an eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft durch parlamentarische Mittel zu denken. Selbst angenommen, es gelänge wirklich, dass eine fortschrittliche Bewegung die parlamentarische Mehrheit erringt, was wäre denn damit gewonnen? Eine Reform auf politischer Basis wird scheitern, wenn die Gesellschaft noch nicht selber durch Organisation die Grundlage für ihren Erfolg geschaffen hat. Beispielsweise liegt der Schwerpunkt der kapitalistischen Macht doch nicht in den politischen, sondern in den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wenn der Politikstil aber nicht mehr auf das eigene noch kapitalistische Wirtschaftssystem ausgerichtet ist, dann bricht die Wirtschaft zusammen, weil in der Abhängigkeit einer globalisierten Wirtschaft der Konkurrenz nicht mehr widerstanden werden kann. Deshalb muss die Gesellschaft vorher die Grundlage für ein anderes Wirtschaftssystem organisiert haben. Außerdem wird eine Regierung schnell handlungsunfähig, wenn ihr zwangsläufig der Geldhahn durch eine zusammenbrechende Wirtschaft und dem Boykott des internationalen Kapitals abgedreht wird, denn je umfangreicher die Reform, desto höher die Kosten. So mussten reihenweise sogenannte "linke" Regierungen vor der Macht des kapitalistischen Weltmarktes kapitulieren, da der "antikapitalistische" Politikstil ihre Wirtschaft derart zerstört hatte, dass die Gesellschaft unzufrieden wurde und eine andere Politik forderte.



Auf Reformen warten?

Wichtige parlamentarische Reformen kommen immer erst dann, wenn das dringende Bedürfnis für gewisse Verbesserungen breite Massen erfasst hat, sich in Aktionen umsetzt und die allgemeine Unzufriedenheit endlich einen solchen Grad erreicht, dass die Regierenden, aus Angst vor Machtverlust, sich dazu entschließen, den Forderungen der Gesellschaft durch Reformen soweit entgegenzukommen, dass die Unzufriedenheit ausreichend beschwichtigt ist und damit kein Machtwechsel mehr möglich ist.

Entpolitisierung der Gesellschaft

Durch das Vertretungssystem geht alle Initiative bei Einzelnen verloren. Anstatt sich mit anderen zu organisieren um gemeinsam Probleme zu lösen wird alle Hoffnung auf gewählte oder selbsternannte VertreterInnen gesetzt. Impulsives entschlossenes Handeln haben sich die meisten ganz und das Selberdenken fast ganz abgewöhnt. Stattdessen konsumiert die Gesellschaft durch die Massenmedien die Meinungen der etablierten Parteien und das Kreuz auf dem Stimmzettel wird als die Lösung unserer Probleme hochstilisiert.

Ist meine Stimme aussagekräftig?

Wie können wir eine Meinung überhaupt mit dem Stimmzettel ausdrücken? Meine Stimme für statt gegen eine Partei / ein Gesetz sagt doch nichts darüber aus, wie stark oder warum ich dafür eintrete. Der Wert, den das Ganze für mich besitzt, der Preis, den ich dafür zu zahlen bereit bin, nichts davon drückt sich in meinem Stimmzettel aus. Außerdem kann eine Mehrheit, die aus recht schwachen Gründen für eine Partei / ein Gesetz stimmt, eine beinah ebenso große Minderheit überstimmen, die das ganz entschieden ablehnt. Darüber hinaus geht es bei Abstimmungen gewöhnlich um ganze Vorhabenpakete, die als Gesamtheit geschluckt oder zurückgewiesen werden müssen, so dass wir, wie auch immer wir uns entscheiden, viele unserer Wünsche verraten.

Aussichten

Obwohl immer mehr Menschen dem Parlamentarismus ihre Legitimation verweigern und nicht zur Wahl gehen, ist dies zumeist nicht auf eine dezidierte Kritik am Parlamentarismus zurückzuführen. Warum dieser Vertrauensverlust dennoch mit systematischen Prozessen im Parlamentarismus verbunden ist, darüber wollen wir mit unserer Kampagne aufklären. Da wir jedoch nicht nur Kritik üben möchten, beschäftigt sich die Kampagne auch mit vielversprechenden alternativen Entscheidungssystemen, die eines Tages in der Lage sein müssen den Parlamentarismus zu ersetzen. Perspektivisch sollen die Inhalte weiterentwickelt und den Parteien eine ernstzunehmende Kampagne gegenübergestellt werden. Außerdem dürft ihr euch zur Bundestagswahl 2013 auf eine Broschüre und Aktionen von uns freuen.

****

Anti-Wahl AG

Die Anti Wahl AG setzt sich kritisch mit dem System der parlamentarischen Demokratie auseinander. Wir wollen Missstände an den bestehenden Entscheidungsprozessen unserer Gesellschaft aufzeigen und über Alternativen aufklären.
Wenn du Anregungen oder Interesse hast, bei uns mitzumachen, dann schreib uns unter *antiwahlag@riseup.net*.



Schule als Schicksal?

Bildung ist keine Einbahnstraße

Alles bleibt gleich

Das deutsche Schulsystem hat sich seit Jahrzehnten kaum verändert. Trotz vielfältiger Parteiprogramme, Reformen, Demonstrationen, trotz Streiks und Besetzungen, ja trotz alledem müssen wir, wenn wir heute mit unseren Eltern, mit LehrerInnen oder älteren GenossInnen reden, feststellen: Die Probleme von SchülerInnen waren eh und je dieselben. Diese aufzuzählen ist inzwischen zum Klassiker der Bildungsbewegung avanciert: Stress, überfüllte Klassen, autoritäre Lehrkräfte, ein nicht-ansprechender Stoff sind nur einige Punkte, die zu nennen wären. Es gibt wohl kaum jemanden, der/die dieser Auflistung nicht beipflichten würde. Doch ihr Ende ist noch gar nicht erreicht, denn soziale Probleme gehören genauso angesprochen. Besonders Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Verhältnissen fällt es schwer, den Bildungsweg über Gymnasium und Universität zu finden. Häufig werden sie mit Vorurteilen konfrontiert oder können von ihren Eltern schlichtweg nicht genug unterstützt werden.



Das kommt dir bekannt vor? Klar, denn das ist auch nichts Neues, im Gegenteil, es sind Probleme, die es seit Bestehen der BRD gibt und schon immer die Politik überforderten. Als AnarchistInnen möchten wir aber nicht nur die häufige Forderung „mehr Geld für Bildung“ stellen, sondern auch die Frage nach der Notwendigkeit von Bewertung, vorgeschriebenem Unterrichtsinhalt, ja sogar von Lehrkräften in ihrer heutigen Form aufwerfen. Ist es nicht sinnvoll, mit dem ewigen ökonomischen Wettbewerb auch den Wettbewerb im Bildungswesen abzuschaffen? Sollte nicht eine Schule möglich sein, in der wir über alles – was, wo, wann und wie die Dinge ablaufen – selbst entscheiden können?
Und die konkreteste aller Fragen: An welche Schule gehen wir oder schicken wir unsere Kinder im Hier und Jetzt? Denn längst hat sich doch etwas getan. Ambitionierte PädagogInnen, oder schlicht und einfach besorgte Eltern haben alternative Schulen gegründet und neue Schulformen entdeckt. Zum Beispiel das sogenannte Gesamtschulkonzept: Hier sind alle Abschlüsse möglich, egal was für eine Empfehlung man von irgendwelchen Bevormundeten an der Grundschule bekommen hat. Das hat den Vorteil, dass der Stress und die Angst, die gesamten beruflichen Chancen mit ein paar schlechten Monaten versauen zu können, zumindest in der Grundschule vermieden werden. Allerdings bleibt auch hier alles vorgeschrieben und benotet. Trotz alledem also wenig Freiheit, mit nur etwas weniger Druck.

Andere Modelle

Doch es gibt auch Modelle, die zumindest den Anspruch erheben, grundsätzlich andere Ideale von Erziehung und Pädagogik zu verfolgen. Bekanntestes Beispiel sind hier wohl die Waldorf- und Montessorischulen. Erstere gehen auf den Philosophen Rudolf Steiner (1861-1925) und letztere auf die Reformpädagogin Maria Montessori (1870-1952) zurück. Beide sind zumeist in freier Trägerschaft. Häufig werden Waldorfschulen auf die unterrichtete Tanzform Eurythmie reduziert oder es wird vorgeworfen zu wenig „handfestes“ Wissen zu vermitteln, sondern den Schwerpunkt auf Handwerkliches oder Kreatives zu legen. Auch das esoterisch begründete Hintergrundkonzept schreckt ab.
Ein weiteres pädagogisches Konzept, welches sich mit inzwischen fast hundert Projekten in Deutschland etabliert hat, ist das der Freien Alternativschule. Das Konzept entstammt eher den Idealen der 68er-Bewegung als pädagogischen Philosophien der Vorkriegszeit. Auf Ganztagsschule, meist in Form von Grund- oder Gesamtschulen, wird hier genauso, wie auf ein ausgeglichenes Verhältnis von wenigen Kindern pro LehrerIn, besonderen Wert gelegt. In diesem Konzept sollen die Unterrichteten außerdem selbst die Wahl darüber behalten, was sie sie sich als Lerninhalt wünschen. Finanziert werden solche Schulen über einkommensabhängige Elternbeiträge.
Eine schwierige Frage ist allerdings, wie solche Konzepte mehrheitsfähig werden können. Teilweise haben solche Schulen ein Verhältnis von sechs SchülerInnen pro LehrerIn und sind, nicht nur wegen des Schulgelds, sondern auch aufgrund von Zukunftsängsten, eher eine Sache privilegierterer Schichten. Entsprechend möchten wir die Frage aufwerfen, ob freie Pädagogik als Normalzustand überhaupt in unser derzeitiges Wirtschaftssystem passt. Geht es in diesem doch im Grunde darum, die Menschen zunächst nach Verwertbarkeit zu sortieren und anschließend meistbietend am Arbeitsmarkt zu versteigern. Hierzu sind Zensuren ein praktisches Werkzeug: Sie disziplinieren und bestimmen schließlich maßgeblich, welche Tätigkeiten die AbsolventInnen in ihrem Leben ausüben können. Letzteres ist zwangsläufig auch bei den real existierenden „freien Schulen“ der Fall. Dennoch liefern die vorgestellten Modelle wertvolle Erfahrungen, wie eine hierarchiefreie Bildung und Gesellschaft aussehen könnte und das ist sicher besser als nichts.

Veränderung tut sich schwer

Um nicht nur den Kindern besorgter Eltern mit Geld für eine Privatschule, den Zugang zu einer alternativen Pädagogik zu ermöglichen, muss das System geändert werden. Da sich seitens des Senats oder der Parteien allerdings wenig bis nichts ändert, müssen wir wohl selber ran. Schon seit Jahrzehnten gibt es immer wieder SchülerInnen, die sich für ihre Bildung einsetzen, wie beispielsweise die „Schüler_innenvereinigung Rastlos“ in den 80er-Jahren, doch am bekanntesten dürften wohl die Bildungsstreiks der letzten Jahre sein.
Diese konnten immerhin einen Erfolg in der Abschaffung beziehungsweise Abwehr der Studiengebühren in einigen Bundesländern erzielen. Eine grundlegende Veränderung aber brachten auch sie leider nicht ein. Ein Ergebnis, dass bei der gewählten Protestform auch kaum verwundert. Sicherlich sind Beteiligungen von bis zu 270 000 Lernenden beeindruckend, doch handelte es sich hier um eintägige Veranstaltungen. Ob gegebenenfalls nur zur Demonstration gegangen wurde um die Schule zu verpassen, das wird wohl eine ewige Diskussion bleiben. Tatsache ist, dass die Bewegung nie schlagkräftig genug war, um weiter greifendende Forderungen durchsetzen zu können. Wie denn auch, wenn man eigentlich nur „KonsumentIn“ ist und durch Streiks keine Produktionsausfälle herbeiführen kann. Als AktivistIn müsste man also wirklich Schulen und Unis besetzen und alternative Bildung leben, um sich nicht mehr von dem, was man bekämpfen möchte, abhängig zu machen.
Aus Streit über die weiteren Schritte zerfiel Bündnis um Bündnis. Nun sind nicht einmal mehr solche Demonstrationen realisierbar. Was bleibt, ist eine Menge Frust aber auch gute Ideen. Häufig ebben Proteste ab und schwellen dann wieder an. In diesem Sinne sollten wir versuchen, unsere Ideen im kleinen Rahmen an unseren jeweiligen Bildungseinrichtungen zu teilen. Projektwochen, Veranstaltungen und Flyeraktionen wären erste Schritte. Weiter machen wir ganz bestimmt.

* *

Bildungs AG

Die Bildungs-AG beschäftigt sich sowohl mit den strukturellen als auch mit den alltäglichen Problemen des herrschenden Bildungssystems und versucht, diesem Alternativen entgegenzusetzen, die zeigen, dass Menschen auch selbstbestimmt und gemeinschaftlich lernen können.
Die AG trifft sich unregelmäßig an verschiedenen Orten in Berlin. Wenn Du vorbeikommen möchtest, maile an:
asj-berlin@riseup.net



Der schleichende Pfad zur Ausbeutung

Modell Minijob

Vieles scheint immer schon dagewesen zu sein: Chefs und Angestellte, Maschinen und KollegInnen, Arbeitsmarkt und Minijob. Dabei muss man gar nicht so weit in die Geschichte zurückschauen, um die stufenweise Einführung und Ausweitung der 450€ Jobs nachzuvollziehen. Obwohl es diverse Frühformen des Minijobs praktisch schon seit dem ausgehenden 19.Jahrhundert gab, trat die Formulierung „geringfügige Beschäftigung“ zuerst 1977 auf und bezeichnete damals noch ein Beschäftigungsverhältnis, welches auf maximal 15 Stunden pro Woche begrenzt war. Der eigentliche Durchbruch zum Flexibilisierungsinstrument auf dem Arbeitsmarkt folgte im Jahr 2003, als unter der Rot-Grünen Bundesregierung die Arbeitszeitbegrenzung von 15 Wochenstunden gestrichen wurde.

Kleine Jobs, steigende Zahlen

Durch die Abschaffung der Zeitbegrenzung gewannen die Minijobs an Attraktivität für ArbeitgeberInnen. Zuvor waren Minijobs tatsächlich als reine Aushilfsfunktion gemaßregelt, konnten nun aber auf eine beliebig lange Arbeitszeit ausgedehnt werden. Theoretisch ermöglicht dies, ArbeitnehmerInnen Vollzeit arbeiten zu lassen, ihnen aber nur 400€ pro Monat zu zahlen. Die damit einhergehenden Konsequenzen zeichnen sich in verschiedenen Studien und statistischen Erhebungen u.a. der Hans-Böckler-Stiftung, der Bertelsmann-Stiftung und der Bundesagentur für Arbeit ab. Infolge der Reform sei es umgehend zum Anstieg von 400€ Jobs, bei gleichzeitiger Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse, gekommen. Bundesweit machen Minijobs inzwischen 20% aller Beschäftigungsverhältnisse aus. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das rund 7,3 Millionen Arbeitsplätze. Allein im Wirtschaftsraum Berlin stieg die Zahl der Minijobs innerhalb von neun Jahren von 140.064 Stellen im Jahr 2003 auf 218.523 im September 2012.
Dass ein Beschäftigungsmodell auf dem Arbeitsmarkt so erfolgreich werden kann, ist schon ein Hinweis darauf, dass es grundlegende Bedürfnisse der Wirtschaft erfüllt. Gleichzeitig mit den Minijobs, erfuhren auch andere „atypische Beschäftigungen“ wie Teilzeitarbeit, Leiharbeit oder unbezahlte Praktika einen Aufschwung. Arbeitsformen also, die allesamt dafür sorgen, dass Lohn- und Lohnnebenkosten bei den ArbeitnehmerInnen umfangreich eingespart werden können. An der Belegschaft zu sparen, eröffnet den Betrieben auch die Möglichkeit konjunkturbedingte Verluste an dieser Stelle wieder auszugleichen. Die Feststellung der Hans-Böckler-Stiftung: „Die Zahl der Minijobber wächst seit Jahren, auch in der Wirtschaftskrise.“ könnte somit zum Satz: „Die Zahl der Minijobbenden wächst seit Jahren, wegen der Wirtschaftskrise.“ korrigiert werden. Wird von der Stabilität der Wirtschaft hierzulande gesprochen, kann eigentlich nicht außer Acht gelassen werden, dass die ökonomische Sicherheit der ArbeitgeberInnen Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entsicherung der Angestellten geht.

Das prekäre Prinzip

Diese Entsicherung läuft hauptsächlich über die Unterwanderung des Arbeitsrechts. Sieht man sich die Abgabelast für ArbeitgeberInnen bei Minijobs an, liegt diese sogar höher im Vergleich zu regulären Stellen. Trotzdem rechnen sich Minijobs für die Betriebe, was nicht zu erklären wäre, würden grundlegende Rechte wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingehalten und angemessene Löhne gezahlt. Dabei kommt es der ArbeitgeberInnenseite zugute, dass Gewerkschaften bei Minijobbenden, wie bei anderen prekären Beschäftigungen auch, stark unterrepräsentiert sind. Ein Problem, dass auch an der besonders hohen Fluktuation der Beschäftigten liegt. Durch das Wegfallen einer klassischen Stammbelegschaft ergeben sich auf der ArbeitnehmerInnenseite erhebliche Probleme bei der Formierung einer angemessenen Vertretung, z.B. in Form einer Betriebsgruppe,



da personelle Kontinuitäten nicht gewährleistet sind und sich das soziale Gefüge unter den KollegInnen generell gelockert hat. Auf der anderen Seite profitieren ArbeitgeberInnen durch den informellen Rahmen und die geringe Betriebsgröße, da diese meist in einer verstärkten persönlichen Bindung zwischen Angestellten und Anstellenden münden. Persönliche Bindungen an Vorgesetzte können für Minijobbende zwar kleinere Vorteile im Arbeitsalltag bedeuten, führen aber auch zur Identifizierung mit dem Betrieb und somit auch häufiger zum Verzicht auf eigene Ansprüche im Interesse der Gewinnmaximierung.

Attraktiver Job und beständiger Kleber

Als häufigstes Argument für 450€-Jobs wird meist eine sogenannte Brückenfunktion zwischen Teizeit- und Vollzeitbeschäftigung angeführt. Nach diesem Modell sollen geringfügig Beschäftigte durch ihre Minijobs angeblich bessere Chancen haben später in eine Vollzeitstelle zu gelangen, da sie bereits in der Arbeitswelt Fuß gefasst haben. Doch lediglich neun Prozent aller MinijobberInnen schaffen diesen Wechsel tatsächlich. Von vielen Seiten wird vor dem „Klebeeffekt“ geringfügiger Beschäftigungen gewarnt. Minijobs sind häufig Teil eines insgesamt prekären Lebenslaufes. Der Einstig beginnt oft mit steuerrechtlichen Vorteilen, die insbesondere auf verheiratete Menschen (und hier wieder verstärkt Frauen) eine starke Anziehungskraft haben. Während sich jedoch kurzfristige Vorteile ergeben können, besteht langfristig die Gefahr, dass sich durch den Wegfall von Zweiteinkommen, Scheidung oder Pflegebedürftigkeit von Angehörigen die wirtschaftlichen Grundlagen für das eigene Leben schlagartig ändern. An diesem Punkt ist der Ausstieg nur noch schwer zu schaffen.
Im Durchschnitt bleiben Frauen, die ausschließlich in Minijobs beschäftigt sind 6 Jahre und 7 Monate geringfügig beschäftigt. Im Vergleich dazu bleiben es Verheiratete 7 Jahre und 1 Monat, sowie Verheiratete mit pflegebedürftigen Angehörigen im Haushalt 8 Jahre und 3 Monate.

****

Jung und Billig

Die Kampagne „Jung und Billig – Gegen Ausbeutung im Minijob“ ist seit Dezember 2011 aktiv. Sie wird von der sogenannten Minijob-AG der ASJ Berlin getragen und beschäftigt sich mit dem weiten Themenkomplex von 450€-Jobs. Neben der konkreten Arbeit mit Minijobbenden, bemüht sich „Jung und Billig“ auch um die Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit rund um die geringfügigen Beschäftigungen. Am 19. Juni erschien hierfür eine Broschüre, die mit einem großen arbeitsrechtlichen Anteil Tipps zur Organisation am Arbeitsplatz und einem Ratgeber für entspannteres Arbeiten, einen Einblick in die bisherige Arbeit der Kampagne gibt.
Weitere Infos zur Kampagne findet ihr auf der Seite Minijob.cc
Die AG trifft sich jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat um 19 Uhr im FAU Lokal (Lottumstr. 11).

Überstunden?
Ich geh nach Hause!

Arbeitshetze?
Ich lass mir Zeit!

Niedriglohn?
Ich will mehr!



Jung und Billig?

Gegen Ausbeutung im Minijob!

minijob.cc



Erwerbslosenhetze in Medien und Politik



Niemand ist vergessen

Politische Hetze gegen Erwerbs- und Obdachlose ist kein neues Phänomen in Deutschland. Durch das offene Auftreten der Wirtschaftskrise und die schon vorher herrschende soziale Verunsicherung erfährt der Hass gegen die sogenannte Unterschicht in den letzten Jahren jedoch eine besondere Schärfe.

Während PolitikerInnen bewusst darauf hinarbeiten, alle Probleme im Staat auf sozial Schwache abzuwälzen, finden sie in einer breiten Masse der Bevölkerung, die sich nach unten abzugrenzen versucht, Zustimmung. Das Zitat *„Nur wer arbeitet, soll auch essen“* (August Bebel) tritt in diesem Zusammenhang immer wieder auf und betitelt den sozialdarwinistischen Charakter der Diskussionen um sogenannte Sozialschmarotzer. Medial wird dieses gesellschaftliche Klima in einem wechselseitigen Spiel aufgegriffen und durch vorurteilsbelasteten Beiträgen über „freche Arbeitslose“ oder „dreiste Schnorrer“ (BILD-Zeitung) verstärkt.

„Ehe jetzt einer im 20. Stock sitzt und den ganzen Tag nur fernsieht, bin ich schon fast erleichtert, wenn er ein bisschen schwarz arbeitet."

- Thilo Sarrazin (SPD)





Die Stilisierung „regulärer“ Beschäftigungsverhältnisse zum Maßstab für persönliches Glück und gesellschaftlicher Teilhabe, ist für die Hetze gegen Arme wesentlich. Innerhalb dieser Logik gibt es praktisch keine Möglichkeit, dass ein erwerbsloser Mensch überhaupt Anteil am gesellschaftlichen Leben haben kann. Die Kriterien „Arbeit“ und „keine Arbeit“ würden automatisch eine Einteilung in „sozial“ und „antisozial“ zulassen. Welche Schlüsse hieraus gezogen werden lässt sich anhand der Aussage Thilo Sarrazins nachvollziehen.
Hinzu kommt die falsche Behauptung, Erwerbslose seien selbst Schuld an ihrer Situation. Die Aussage „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit“ läuft den tatsächlichen Entwicklungen des Arbeitsmarktes komplett zuwider, ist aber trotzdem ein weit verbreitetes Argument, dass wie kein anderes in den Medien gestützt wird. Teilweise in personalisierter Form: „Deutschlands frechster Arbeitsloser“, teilweise in generalisierter Form: „Zu viele Arbeitslose drücken sich vor der Arbeit!“ (BILD-Zeitung).

“Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie.”
– Philipp Mißfelder (Vorsitzender der Jungen Union)

Die oben gezeichneten Gedankengänge lassen die politisch gewollte Entmenschlichung von Erwerbslosen bereits erkennen. Die sozialdarwinistischen Vorurteile, die in den Aussagen der Politiker mitschwingen, lassen sich schnell auf einen Nenner bringen: Erwerbslose seien faul, antisozial und (in welcher Form auch immer) unsauber. Und somit passt es auch in das Bild, dass in vielen Städten nicht nur von staatlicher Seite versucht wird, Erwerbs- und Obdachlose aus dem Straßenbild zu verdrängen. Dass sich hiermit die Lebenssituation der Betroffenen jedoch nur verschlechtert und somit das Leben jedes Einzelnen entsichert wird, stört dabei nicht. Im Gegenteil: Straftaten an oder unter Erwerbs- und Obdachlosen werden sowohl in der Politik als auch in den Medien viel zu häufig als unbedeutend abgetan. Das Vorurteil, sozial schwache Menschen kämen generell aus gewalttätigen und kriminellen Zusammenhängen macht es einfach, Straftaten zu erklären ohne die eigene Armen-Feindlichkeit eingestehen zu müssen.

“Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!”
– Gerhard Schröder (SPD)

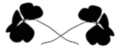
Die Darstellung von Erwerbs- und Obdachlosen in den Medien sind das Produkt einer ganzen Reihe politischer Vorurteile, die eine systemstabilisierende Funktion in Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit übernehmen. Ein Fakt, der zwar von PolitikerInnen genutzt wird, der seine jetzige Wirkung jedoch nicht hätte erreichen können, wenn sich nicht ein Großteil der Bevölkerung darauf einlassen würde. Die Angst, selbst in der sozialen Hierarchie abzurutschen, befördert, dass sich die Menschen immer radikaler gegen sozial Schwache abzugrenzen versuchen. Dieses falsche Feindbild aufzulösen ist in erster Linie Aufgabe linker Aufklärungspolitik, aber auch JournalistInnen haben ihre Rolle in diesem Kampf. Ihre Aufgabe wäre es, differenzierter zu berichten und an den gesellschaftliche Vorurteilen zu rütteln.


Dieter Eich

****

Niemand ist vergessen

Seit mehreren Jahren kämpft das Bündnis “Niemand ist vergessen”, bestehend aus mehreren Berliner Gruppen, für ein aktives Gedenken an Dieter Eich, der im Jahr 2000 aufgrund seiner Erwerbslosigkeit von vier Neonazis ermordet wurde. In diesem Rahmen beschäftigt es sich auch mit Sozialdarwinismus als gesamtgesellschaftliches Problemfeld. Außerdem organisierte das Bündnis mehrere Demos und veröffentliche Broschüren, um über die sozialen Missstände aufzuklären.
Auch 2013 fand wieder eine Demonstration durch den ehemaligen Wohnorts Dieter Eichs Berlin-Buch statt. Das Bündnis thematisierte nicht nur den Mord, sondern auch die neu erstarkten Nazistrukutren vor Ort.
Aktuell konzentriert sich die Arbeit auf einen Gedenkstein für Dieter Eich in Buch.
Kontakt: *ak-northeast@riseup.net* oder *asj-berlin@riseup.net*



Termine

18.07. | 19 Uhr | FAU Lokal (Lottumstr. 11)
Offenes Treffen der Jung und Billig Kampagne.
Falls ihr Anregungen/Ideen/Kritik habt, selber aktiv werden wollt, oder Beratung sucht, seid ihr gerne gesehen!

18.07. | 20 Uhr | Bandito Rosso (Lottumstr. 10a)
NEA-RASH-Tresen:
Sommer, Sonne, Politik. Kommt vorbei und vernetzt euch antifaschistisch, stadtpolitisch und solidarisch. Kühle Getränke in entspannter Atmosphäre garantiert.

19.07. | 19 Uhr | FAU Lokal (Lottumstr. 11)
“Kann Bio fair sein?” (D 2013, R. labournet.tv, with english subtitles) – Aktuell gibt es viele Skandale in der Bio-Branche. Im Mittelpunkt stehen große Betriebe und die Frage, ob Bio tatsächlich gesünder oder umweltfreundlicher ist. Nie erwähnt werden dagegen die Arbeitsbedingungen. Gezeigt wird ein Film über den Arbeitskampf der FAU-Berlin für die Auszubildende in einer brandenburger Bio-Gärtnerei. Gäste: labournet.tv, Mitarbeiter aus dem Bio-Einzelhandel und Gartenbau.

22.07. | 18 Uhr | FAU Lokal (Lottumstr. 11)
Mieterberatung der FAU Berlin in Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handwerg (immer am 4. Montag im Monat).

25.07. | 18 Uhr | Bunte Kuh (Bernkastelerstr. 78)
Die Antifaschistische Initiative Nord-Ost (AINO) feiert ihren 2. Geburtstag. Kommt vorbei und feiert mit uns. Musik und Spoken Words von und mit Gerd Dembowski, Lari und Anderersaits im neuen Konzertraum der Bunten Kuh. Außerdem Release der neuen Anti-“Thor Steinar”-Broschüre. Ab 18.00 Uhr Gegrilltes (vegan/veg.) und Solibowle. Um 20.00 Uhr beginnen die Künstler.

Für weitere Termine und eventuelle Änderungen guckt bitte auf unseren Blog asjberlin.blogsport.de

